

16. Landtag von Baden-Württemberg, 71. Sitzung

Donnerstag, 11. Oktober 2018, 09:30 Uhr

Rede

Sylvia Felder MdL

Konsulatsunterricht an Schulen in Baden-Württemberg – Infiltration anstatt Integration

Es gilt das gesprochene Wort.

Sylvia Felder MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Gögel, lassen Sie mich zu Beginn eines klarstellen, wenn Sie mit DITIP, mit Wochenende und Moschee argumentieren: Es geht hier nicht um den Religionsunterricht, schon gar nicht um den islamischen Religionsunterricht.

Ich betone das deswegen, weil der eine oder andere hier in diesem Hohen Haus schon Sprachgebote aufstellen will – Sie erinnern sich. Sie machen damit wieder einmal und wohl in Fortsetzungsabsicht ein Nichtproblem zu einem Thema, um daraus besondere Reflexe zu bedienen.

Lassen Sie uns ganz stressfrei diskutieren, ohne dass zumindest eine Fraktion bei den Themen Ausländer und „Ausländische Sprachen“ Zuckungen bekommt.

Der sogenannte Konsulatsunterricht geht auf eine Europäische Richtlinie nicht aus den Sechzigerjahren, Herr Gögel, sondern aus dem Jahr 1977 zurück. Ja, wir wissen, dass die Lebenswirklichkeit von Migration heute ganz sicher eine andere ist als 1977, als die damalige Wanderarbeiterrichtlinie davon ausging, dass die Menschen, die zur Arbeit gekommen sind, irgendwann auch wieder zurückgehen. Arbeiter waren gesucht, und, meine Damen und Herren, Menschen sind gekommen. Und Menschen haben Bedürfnisse.

Dazu zählt auch, in der Muttersprache sprechen zu können, mit Familien und Verwandten kommunizieren zu können. Voraussetzung dafür ist, diese andere Sprache auch unterrichtet zu bekommen.

Die Richtlinie aus dem Jahr 1977 wollte, dass die Menschen – zumindest sprachlich – mit einem Fuß in ihrer Heimat bleiben.

Wir wollen heute, dass sie mit beiden Beinen auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes integriert hier leben, und zwar, was die Arbeit, die Schule und die Grundwerte betrifft.

Heute werden rund 14 Sprachen – nicht nur eine Sprache – im sogenannten Konsulatsunterricht gelehrt, und die Teilnehmerzahlen sind stark rückläufig. Von über 54 000 Schülerinnen und Schülern im Jahr 2011 sind es noch aktuell 38 509, also ein Rückgang von fast einem Drittel. Die Zahlen sind auch deshalb rückläufig, weil Sprache der Schlüssel für Integration ist; daher ist die deutsche Sprache relevant, wenn Integration gelingen soll – und, meine Damen und Herren von der AfD, das ist unbestritten die Geschäftsgrundlage eines guten Zusammenlebens.

Außerdem verläuft dieser Sprachunterricht weitestgehend problemlos. Für Baden-Württemberg lässt sich heute feststellen, dass der herkunftssprachliche Unterricht in guter Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Länder läuft, die dieses Modell überhaupt anbieten.

Wir sprechen von zwei ganz unterschiedlichen Themen: hier der Schulunterricht in Baden-Württemberg nach dem Bildungsplan Baden-Württembergs, natürlich gehalten in deutscher Sprache und nach den Regeln des Schulgesetzes – dort der muttersprachliche

Kurs, der dem Einzelnen die Sprache seiner Herkunft nahebringt; und das ist nichts, was sich beißt.

Für Ersteres benötigen wir alle Finanzmittel und alle personellen Ressourcen, wie wir sie hier beschließen und als notwendig erachten.

Für das Zweite haben wir derzeit überhaupt nicht die Möglichkeiten, das notwendige Personal vorzuhalten, und es ist auch nicht unsere Aufgabe. Wir wollen nicht in die Finanzierung dieser Zusatzkurse einsteigen. Dazu besteht kein Anlass. Wir sind hier nicht im Verteilmodus. Wir konzentrieren unsere Haushaltsmittel für eine gute Schulpolitik und investieren in Zusatzstunden an unseren Schulen, und zwar in Deutsch, und dafür geben wir mehr Geld aus.

Warum also sollten wir Griechenland, Mazedonien, Portugal, Italien oder Ungarn & Co. an dieser Stelle mitfinanzieren und finanziell entlasten? Es ist doch gut, wenn hier Verantwortung auch in Geldmitteln Ausdruck findet.

Meine Damen und Herren, für die jungen Menschen ist das Angebot durchaus wertvoll. Mehrsprachigkeit, das Aufwachsen mit mehreren sprachlichen Zentren, fordert junge Menschen, aber es fördert sie auch: Es fördert das eigene Sprachvermögen und auch die Fähigkeit zur kulturellen Differenzierung.

Nehmen Sie z. B. Familien, in denen Vater und Mutter verschiedene Sprachen sprechen sowie unterschiedlichen Kulturen angehören und sich eine Mehrsprachigkeit aus anderen Umständen ergibt. Diese Konstellationen der Mehrsprachigkeit fördern das soziale Verhalten und die Vielfalt.

Lesen, Schreiben und Sprechen sind die Schlüssel für eine gute Zukunft. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wollen zum Teil ohne Not dem Landeshaushalt die Kosten aufbürden, die heute Drittstaaten aufbringen, zumal wir das auch heute schon finanziell fördern – ja, fördern auch, um zu sehen, was passiert: Inhalt, Form, Lernort. Sie wollen dies ohne Not pädagogisch verantworten, ohne dass es dafür überhaupt ein Konzept gibt.

Gut, manchmal ist es vielleicht Stil Ihrer Politik, ohne Konzept zu arbeiten. Aber ich füge hinzu: Dieses Konzept kann es gar nicht geben, weil sich die Vielfalt der Sprache und der

Herkunftsorte nicht standardisieren lässt, geschweige denn, dass wir für jede Sprache und jedes Herkunftsland geeignetes Lehrpersonal stellen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten beiden Jahren in den Ausbau des Deutschunterrichts investiert – allein an den Grundschulen zwei Wochenstunden. Das ist unser Schwerpunkt, weil das auch unsere Verantwortung ist. Angesichts der zunehmenden Sprachenvielfalt der Schülerschaft haben wir ja auch zumindest darüber Konsens, eine früh beginnende und kontinuierliche sprachliche Förderung zu etablieren. Ohne Zweifel ist dabei die deutsche Sprache eine Einladung der Zukunft in diesem Land.

Aber es ist auch nachvollziehbar, dass bei Herkunft und Abstammung aus einem anderen Sprachkreis dieser ergänzende Bezug als Teil der eigenen Individualität und Selbstbestimmung bestehen bleiben soll. Das muss uns nicht verunsichern oder gar verängstigen. Es muss uns auch nicht Anlass für Argwohn und Misstrauen sein.

Diese fremdsprachlichen Tupfer sind eine Bereicherung, und wir wollen das schon gar nicht aus parteipolitischer Stimmungsmache hören.

Denn dieses Thema taugt nicht für Aufgeregtheiten, und schon gar nicht für Ausgrenzung.

Meine Damen und Herren, eines ist klar – und das negieren wir auch überhaupt nicht –: Wir müssen bei diesem Thema sensibel bleiben, merken, wenn etwas aus dem Ruder läuft, und reagieren, wenn wir diese Feststellung treffen. Die Schulverwaltung ist hier auf dem richtigen Weg, kooperativ zu begleiten und zu sehen – keine Dunkelräume, keine Missverständnisse und kein Vertun, dass wir hier irgendetwas tolerieren würden, was nicht unserer Verfassung und nicht unseren Werten entspricht.

Gestatten Sie mir – und das ist ja wohl Ihre Hauptsorge – ein offenes Wort zu den Angeboten in türkischer Sprache. Eine Infiltration oder Indoktrination werden wir nicht tolerieren.

Jedem Hinweis muss nachgegangen werden. Es gab bisher fünf Hinweise, und das Kultusministerium ist diesen nachgegangen. Es ist auch gut, dass das Kultusministerium zusammen mit den türkischen Konsulaten entsprechende Einführungsveranstaltungen

durchführt. Danke dafür. Denn Dialog ist der richtige Weg – gerade in einem belasteten Verhältnis, meine Damen und Herren.

Ich habe Vertrauen in das Ministerium, in die Schulverwaltung und auch in die Konsulate, dass sie verstehen, dass ein solcher Ergänzungsunterricht immer im Geiste von Partnerschaft und Respekt zu erfolgen hat. Das ist das Signal, das wir mit dieser heutigen Debatte an unsere ausländischen Partner senden wollen. Nutzen wir also den Dialog.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.